



# Die 7. Wahlperiode des Europäischen Parlaments ein Grüner Rückblick

## 1. Sicherheit gegen Krisen durch Förderung der sozialen Gerechtigkeit

**Hintergrund.** In der vergangenen Wahlperiode verschärfte sich die Krise insbesondere in den südlichen Mitgliedstaaten. Durch die Rezession in der Eurozone erreichte die Arbeitslosigkeit fast überall in Europa dramatische Werte. Zudem vervielfachten sich die Staatsschulden, da die Staaten insolvente Banken vor dem Zusammenbruch retteten. Der Rat kam Dutzende Male ergebnislos zusammen, und erst das Engagement der Europäischen Zentralbank führte zu einer Beruhigung der Märkte für Staatsanleihen. Die Forderungen nach demokratischer Rechenschaftspflicht verhallten zum größten Teil ungehört. Die populistischen Euroskeptiker finden weiter großen Zulauf.

**Was wir erreicht haben.** Umfang und Tempo der Finanzregulierung haben seit dem Ausbruch der Krise zugenommen. Die Grünen/ EFA haben zu mehreren wichtigen Entscheidungen beigetragen, wie etwa zur Deckelung von Bonuszahlungen an Bankmanager (CRD IV) und der Einrichtung der EU-Finanzaufsicht. Wir haben die Befugnisse der EZB zur Aufsicht über die Banken erfolgreich der Kontrolle des Parlaments unterstellt und waren eine der treibenden Kräfte hinter der Debatte für die Finanztransaktionssteuer. Wir haben 2009 die Idee der Jugendgarantie auf EU-Ebene eingebracht und für die Rechte entsandter Arbeitnehmer gekämpft - mit Erfolg. KMU werden aufgrund des von uns ausgeübten Drucks mehr Forschungsgelder über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ erhalten. Wir haben eine flexible Verringerung der Kofinanzierung der Regionalfonds für die am stärksten von der Krise betroffenen Mitgliedstaaten möglich gemacht und sie gleichzeitig aufgefordert, diese Mittel in transparenter Weise zu verwenden.

**Was wir nicht erreichen konnten.** Die Regierungschefs haben auf ihren Gipfeltreffen dafür gesorgt, dass das Europäische Parlament bei der Entscheidungsfindung über die Schutzschirme gegen die Krise außenvorbleibt, wie etwa den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Der Rat hat erstmals Kürzungen des EU-Haushalts (MFR) vorgenommen. So konnte die EU die wirtschaftliche Erholung nicht unterstützen. Bei der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) gelang es uns nicht, eine gerechte Verteilung der Agrarsubventionen zwischen und innerhalb der Mitgliedstaaten zu erzielen. Im Parlament haben Christdemokraten und Liberale erfolgreich die Wünsche der Finanzlobbyisten erfüllt und eine stärkere Regulierung von Banken (CRD III und IV), Hedgefonds (Richtlinie über die Verwaltung alternativer Investmentfonds, Organismus für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren OGAW) und Ratingagenturen verhindert. Auch die EU-Wirtschaftsregierung erlaubte keine Konjunkturimpulse (Sixpack, Two-Pack). Die Finanztransaktionssteuer ist rechtlich immer noch nicht abgesichert, aber immerhin hat der Europäische Gerichtshof die Befugnis der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde bestätigt, Leerverkäufe zu verbieten.

## 2. Sicherung unseres Klimas und unserer Energieversorgung

**Hintergrund.** 2009 scheiterte die Kopenhagener Klimakonferenz (COP 15) damit, einen Nachfolger für das Kyoto-Protokoll zu erarbeiten. Damit kam die internationale Klimadiplomatie zum Stillstand. Der GAU von Fukushima bestätigte die Zweifel, dass Atomkraftwerke in Industrieländern nicht sicher sind. Ungeachtet extremer Wetterphänomene und eines Rekordrückgangs des Polareises wird die Klimadebatte in der EU weiterhin auf Grundlage veralteter Modelle und nationaler Interessen geführt. Dies ging so weit, dass das Emissionshandelssystem der EU zusammenbrach.

**Was wir erreicht haben.** Der größte Erfolg der Grünen/ EFA waren die erfolgreichen Verhandlungen über die Energieeffizienzrichtlinie, in der die Energieeffizienzziele der Mitgliedstaaten bis 2020 festgelegt werden. Auch wenn das Ziel einer Verbesserung der Energieeffizienz um 20 % vom Rat abgeschwächt wurde, stellt dies einen wichtigen Etappensieg dar. Außerdem haben wir darum gekämpft, 85 % der Forschungsmittel für den Bereich Energie im Rahmenprogramm „Horizont 2020“ für Forschungen im Bereich erneuerbare Energien und Energieeffizienz bereitzustellen. Wir haben dafür gesorgt, dass EU-Infrastruktur aus dem TEN-V-Programm den EU-Umweltnormen und Klimazielen entsprechen. Mitgliedstaaten können dank unserer Arbeit, Umweltkosten in ihre Mautsysteme für Lkw einpreisen. Wir haben eine Mehrheit für unsere Strategie zur Nachhaltigkeit und Renaissance der Industrie gewinnen können. Schließlich ist unsere Fraktion weiterhin die stärkste Stimme innerhalb des EP gegen Schiefergasförderung durch Fracking und gegen Kernkraft.

**Was wir nicht erreichen konnten.** Die Dringlichkeit aus Zeiten des Stern-Reports schien verfliegen, als das Parlament sich weigerte, die EU-Treibhausgasemissionen bis 2020 um 30 % zu verringern, unabhängig von den internationalen Klimaverhandlungen. Das Emissionshandelssystem der EU schafft nicht länger Anreize für zukunftsorientierte Investitionen. Zudem ist es uns nicht gelungen, eine europäische Fassung der deutschen Energiewende zu schaffen. Und trotz unserer Wachsamkeit hat die Kommission ihre Förderung der Kernenergie intensiviert und damit die Aussichten geschwächt, dass die „Energiewende“ zu einem Grundstein der europäischen Zukunft wird. Nach der Fukushima-Katastrophe forderten wir strenge Stresstests für Atomkraftwerke in der EU - ohne Erfolg.

## 3. Für eine gesunde Umwelt

**Hintergrund.** Von EHEC-Bakterien im Gemüse bis zu Pferdefleisch in Fertiglasagne: In dieser Wahlperiode gab es viele EU-weite Lebensmittelskandale, die die Verfahren der Agrarindustrie in Frage stellen. Außerdem sind die meisten Fischbestände in der EU immer noch überfischt, und industrielle Schleppnetzfisherei und nationale Interessen konnten sich behaupten, so dass eine Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik unbedingt erforderlich wurde.

**Was wir erreicht haben.** Das Europäische Parlament konnte zum ersten Mal gleichberechtigt mit dem Rat über die Reformen der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) und der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) entscheiden. Die Abstimmung über die GFP war unser größter Erfolg. Mit ihr wurde der Überfischung ein Ende gesetzt: Es darf nur noch so viel Fisch gefangen werden, wie zur Erholung der Bestände entbehrt werden kann. Anstatt nationalen Fischereifloten zu gestatten, weiterhin auf Grundlage von historischen Quoten zu fischen, sind die Quoten jetzt von den Umweltbedingungen abhängig. Wir haben ökologische Schwerpunktbereiche in die GAP-Reform eingeführt, um Monokulturen einzuschränken und einen Teil der Nutzflächen dem Schutz der biologischen Vielfalt zu widmen. Wir haben die

Umsetzung des Nagoya-Protokolls zur Biodiversität vorangetrieben, strenge Regelungen in Bezug auf Nanomaterialien eingeführt und für den Schutz der Bienen vor bestimmten Neonicotinoiden in Schädlingsbekämpfungsmitteln gesorgt. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass das EP dem Druck der Agrarindustrie für einfacheren Marktzugang für Genpflanzen standhält und die entsprechenden Umweltschutzkriterien verstärkt. Bei der Reform zur Rücknahme alter Haushaltsgeräte haben wir dazu beigetragen, den Rohstoffkreislauf zu schließen, indem die Ausfuhr derartiger Altgeräte in nichtindustrialisierte Länder eingeschränkt wurde.

**Was wir nicht erreichen konnten.** Den Industrielobbys ist es gelungen, eine Mehrheit gegen die Ampel-Etikettierung von Lebensmitteln zu organisieren, sie haben die GAP-Reform abgeschwächt, indem sie großen industriellen Betrieben eine unverhältnismäßig hohe Unterstützung gesichert haben, sie haben die Beschränkung der Dauer von Tiertransporten auf höchstens acht Stunden verhindert, und sie haben die Rückgaberegeln von Elektro- und Elektronik-Altgeräten verwässert. Lebensmitteletiketten beinhalten immer noch keine Angaben darüber, ob Tiere mit Genfutter gefüttert worden sind, und das Einheitspatent bietet keinen zuverlässigen Schutz der biologischen Vielfalt und des Rechts der Landwirte auf Saatzucht. Auch neue Regeln gegen illegale Holzeinfuhren konnten nicht verhindern, dass illegal eingeführtes Holz in der EU weiterverarbeitet wird. Diese Praxis kann nur durch strafrechtliche Instrumente eingedämmt werden.

#### 4. Kampf für Menschenrechte, soziale, demokratische und digitale Rechte

**Hintergrund.** Die Mitgliedstaaten haben nationale Sicherheit über die Grundwerte der EU gestellt. Als Reaktion auf die Zunahme der Einwanderung nach dem arabischen Frühling 2011 führten sie zeitlich beschränkte Grenzkontrollen ein. Und der Whistleblower Edward Snowden machte öffentlich, wie nationale Geheimdienste Telekommunikationsleitungen anzapfen und die Privatsphäre so in nie dagewesenem Ausmaß verletzen. Die Verschlechterung der Lage irregulärer Einwanderer oder die undemokratischen Reformen der ungarischen Regierung grenzten an Menschenrechtsverletzungen. Wie zerbrechlich die EU-Demokratie ist, wurde offensichtlich, als sich zwei Journalisten der Sunday Times als Lobbyisten ausgaben und MdEPs erfolgreich Geld für Änderungsanträge anboten.

**Was wir erreicht haben.** Dank der Unterstützung durch die Zivilgesellschaft haben wir die Ablehnung des ACTA-Abkommens feiern können, das die Freiheit des Internet und das Recht auf Privatsphäre beschädigt hätte. Wir haben Widerstand gegen das SWIFT-Abkommen geleistet, das die Übermittlung von Finanzdaten an US-Behörden regelt, und gegen das PNR-Abkommen, das Passagierdaten übermittelt. Mit unserer Kritik an den Reformen in Ungarn haben wir auf die Einhaltung der EU-Grundwerte gepocht, und einen von der EU überwachten „Alarmfahrplan“ für den Fall der Nichteinhaltung der Grundrechte gefordert. Obwohl es uns nicht gelungen ist, ein wirkliches EU-Asylsystem zu schaffen, haben wir die Lage der Flüchtlinge verbessern können, indem wir dafür gesorgt haben, dass verschiedene Formen der Diskriminierung als Gründe für die Gewährung von Asyl anerkannt werden, und indem eine mit Vertretern nichtstaatlicher Organisationen besetztes Menschenrechtsgremium in der Agentur für Grenzkontrolle (FRONTEX) eingerichtet wurde. Unsere Anstrengungen zur Schaffung einer europäischen Bürgerinitiative trugen dazu bei, das Demokratiedefizit der EU zu verringern, und stellten bei der Initiative gegen die Privatisierung der Wasserversorgung ihre Wirksamkeit unter Beweis. Im Petitionsausschuss haben wir uns mit verschiedenen Bürgeranliegen befasst, etwa gegen das spanische Küstenrecht, Chemieabfälle in Huelva (Spanien) und Verschmutzung durch die Stahlfabrik in

Taranto (Italien). Wir haben den Bestrebungen nach gleicher Bezahlung für gleiche Arbeit und nach einer angemessenen Vertretung von Frauen in Vorständen starke Impulse gegeben.

Infolge des Sunday-Times-Zwischenfalls und von Dalligate haben die Grünen/ EFA den anderen Fraktionen Kompromisse über den Verhaltenskodex für MdEP abgerungen, so dass die jetzt geltenden Regelungen in Bezug auf die finanzielle Transparenz zu den strengsten der Welt gehören – auch wenn der Verhaltenskodex noch keine strafrechtlichen Instrumente gegen Bestechung vorsieht.

**Was wir nicht erreichen konnten.** Das Europäische Parlament hat eine zweite Fassung des SWIFT-Abkommens verabschiedet, in der nur oberflächliche Verbesserungen in Bezug auf den Schutz der Privatsphäre vorgenommen worden waren. Die Industrielobbys haben die Annahme eines ehrgeizigen Datenschutzabkommens verhindert, das jetzt im Rat feststeckt, genauso wie unser Vorschlag für verbesserte Regelungen zum Elternurlaub. Trotz unserer erfolgreichen Abstimmung im Parlament über einen Fahrplan für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen, hat es keinen Fortschritt in der Rechtsetzung gegeben. Außerdem ist die Lage der irregulären Einwanderer in den südlichen Mitgliedstaaten weiterhin äußerst schwierig.

## 5. Für eine globale Solidarität und Sicherheit

**Hintergrund.** In den vergangenen fünf Jahren war die wichtigste geopolitische Veränderung der arabische Frühling. Heute ist die Lage in der Region von Tunesien bis Ägypten weiterhin unklar und in Syrien herrscht Bürgerkrieg. Der Aufstieg neuer Mächte wie Brasilien oder China und das globale Wettrennen um natürliche Ressourcen haben die WTO-Verhandlungen stocken lassen und die EU dazu gebracht, Verhandlungen zu mehreren Freihandelsabkommen zu beginnen, darunter das bislang umfassendste, nämlich mit den USA. Zudem hat im Bereich Entwicklung der Schwung der Millenniums-Entwicklungsziele ein Jahr vor dem Abschlussjahr 2015 deutlich nachgelassen.

**Was wir erreicht haben.** Die Grünen/ EFA haben sich an der Gestaltung des neu eingerichteten EU-Außendienstes und des Stabilitätsinstruments beteiligt und sich für die Ernennung eines EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte eingesetzt. Wir waren die treibende Kraft hinter der Haltung der EU für ein vollständiges Verbot von Streubomben. Wir haben die Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung auf die Tagesordnung der EU gesetzt. Unsere Forderungen gegen Steueroasen wurden zunächst von Entwicklungspolitikern unterstützt, bevor sie von Kommissar Šemeta aufgegriffen wurden. Im Anschluss an den arabischen Frühling haben wir über Verbesserungen der makroregionalen Strategie für den Mittelmeerraum der EU verhandelt.

**Was wir nicht erreichen konnten.** Es gelang uns nicht, Ex-ante-Kontrollen von Exportgütern mit zivilem und militärischem Verwendungszweck einzuführen, wie etwa Telekommunikationstechnologie oder Chemikalien, hauptsächlich aufgrund einer plötzlichen Meinungsänderung der deutschen ALDE-Delegation. Die S&D-Fraktion und die EVP-Fraktion sorgten dafür, dass ein reformiertes Allgemeines Präferenzsystem für EU-Einfuhrzölle verabschiedet wurde, das die Volkswirtschaften der Entwicklungsländern noch weiter schwächt. In Bezug auf die GAP-Reform wurden wir bei der Abschaffung von Exportsubventionen, die die weltweite Nahrungsmittelsicherheit gefährden, überstimmt. Unsere Forderung nach umfassenden Wirtschaftshilfen zur Stabilisierung der Demokratisierung nach dem arabischen Frühling stieß nicht auf die erforderliche Resonanz.

## 6. Freude an der kulturellen Vielfalt

**Hintergrund.** Die kulturelle Vielfalt steht unter Globalisierungsdruck. Aber während die Wirtschaftskrise Förderprogramme für Kultur und Bildung in ganz Europa schwächt, wurde gleichzeitig die wirtschaftliche Komplexität von Kultur besser erkennbar, insbesondere in der Debatte über das ACTA-Abkommen und Fragen des Urheberrechts. Die zwei ersten MdEP der Piratenpartei in unserer Fraktion haben unsere Position in diesem Bereich gestärkt und diversifiziert.

**Was wir erreicht haben.** Die Grünen/ EFA haben die Überprüfung von EU-Programmen zur Förderung von Mobilität und Austausch, wie ERASMUS, genutzt, um Bildungsmöglichkeiten für alle zu fördern. Wir haben dafür gesorgt, dass die Debatte über Urheberrechte und ihre Verletzung offen geblieben ist und verschiedene Standpunkte und Interessenlagen der am schöpferischen Prozess Beteiligten Berücksichtigung fanden. Wir haben die Gestaltung des europäischen Online-Archivs Europeana beeinflusst. Schließlich fand unser Engagement für die kulturelle Vielfalt ihren Ausdruck in den Initiativen der MdEPs aus Regionalparteien, als wir auf den Wert der sprachlichen Vielfalt und ihre Gefährdung hingewiesen haben.

**Was wir nicht erreichen konnten.** Im neuen Erasmus-Programm ist es uns nicht gelungen, die europäische Bürgschaften für Darlehen an Master-Studenten zu verhindern. Wir fürchten, dass sie das Risiko der Verschuldung junger Menschen erhöht. In Bezug auf mehrere Dossiers zum Urheberrecht unterlagen unsere Vorschläge gegen den Druck der Industrie.